

Herr Heusinger, vom Gesundheitsamt des Rhein-Sieg-Kreises, stellte die wesentlichen Inhalte des kommunalen Entwicklungsprojektes zur Kinder- und Jugendgesundheit, anhand einer Video-Präsentation vor. Mit im Boot ist die Techniker Krankenkasse, die mit einer fünfjährigen Projektförderung die finanziellen Grundlagen schafft, und zusammen mit dem Rhein-Sieg-Kreis ein Zertifizierungsverfahren zu den Kommunen entwickelt und diese dabei unterstützt, Angebote, Strukturen und Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche zu planen und zu verbessern, erklärt Herr Heusinger in seinem Vortrag. Im Anschluss stellt sich Herr Heusinger den Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Miethke erkundigt sich nach dem personellen und zeitlichen Aufwand für das Projekt.

Herr Heusinger erklärt, dass es schwierig ist, diese Frage zu beantworten, da die Verwaltung und die Personen der Lenkungsgruppe sowohl den Rhythmus als auch das Engagement bestimmen.

Frau Haas ist der Meinung, dass am Anfang eines Projekts viel Begeisterung aufkommt, aber am Ende braucht es doch die Verantwortlichkeit einer Person oder Institution, die das Projekt über die Zeit begleitet.

Außerdem interessiert Frau Haas, welche Erfahrungen die anderen Kommunen gemacht haben und in welchem Umfang die Techniker Krankenkasse beteiligt ist.

Herr Heusinger teilt mit, dass die Techniker Krankenkasse eine halbe Fachkraftstelle für das gesamte Projekt im Rhein-Sieg-Kreis finanziert. Zudem gibt es Fördermittel von 5.000 bis 10.000 Euro jährlich, die von der Kommune angestoßen werden müssen und auch direkt dorthin fließen können.

Troisdorf und Sankt Augustin gehen nach diesem Prinzip vor und erhalten auch Unterstützung durch verschiedene Akteure, sowie hauptamtlicher Vertreter der Kommunen.

Frau Haas möchte wissen, sofern die Kommunen gesetzlich von höherer politischer Ebene verpflichtet werden dieses Projekt durchzuführen, ob es möglicherweise Unterstützung und Hilfe durch Kreis- und Landesebene geben kann.

Herr Heusinger ist da sehr pessimistisch. Vom Prinzip ist es eine Pflichtaufgabe, aber der Freiwilligkeitsgedanke ist vorherrschend und die Kommunen müssen die Ressourcen aufbringen.

Herr Dingel stellt fest, dass es letzten Endes von zwei Faktoren abhängt. Von der Lenkungsgruppe und der Gemeinde, die ihre Unterstützung anbieten müssen. Daher richtet sich seine Frage an Bürgermeister Viehof, wie die Beteiligung seitens der Gemeinde geleistet werden soll.

Bürgermeister Viehof erklärt, dass man für das Projekt keine Person der Verwaltung freistellen kann. Allerdings gebe es in Eitorf ein gutes Netzwerk. Ein gemeinsames Handeln ist erforderlich, wenn es um das Thema „Gesund Aufwachsen“ geht. Institutionen und Verwaltung müssen sich gemeinsam für die Förderung der Kindergesundheit engagieren. Besonders bei den Einschulungsuntersuchungen wurden sehr schlechte Ergebnisse festgestellt. Da muss man schauen, welche Maßnahmen mit den Fördermitteln umgesetzt werden können, um einen Beitrag zu einer gesundheitsförderlichen Entwicklung aller Kinder beizutragen.

Frau Köser-Segschneider sieht die Chancen in der Weiterentwicklung, die durch die verschiedenen Akteure stattfindet. So kann man Menschen hinzuziehen, die vielfältige Ideen haben und diese auch ständig neu entwickeln und an die Bedarfe anpassen.

Herr Loewenich gibt zu bedenken, dass Ehrenamtliche in ihrer Tätigkeit auch nicht überfordert werden dürfen und man davon ausgeht, dass diese Aufgabe nur durch Ehrenamtsarbeit getragen wird. Er ist der Auffassung, dass die Verwaltung Personal stellen muss. Die Idee ist gut, aber in der Umsetzung schwierig, so Herr Loewenich.

Frau Fuchs stimmt dem gemeinsamen Tenor zu und denkt, dass man die verschiedenen Akteure vor Ort über das Projekt anhört, um so die Aufgaben zu steuern.

Dr. Storch gibt an, dass die Beiträge aller Vorredner gezeigt haben, dass man mit einer gesunden Skepsis an das Projekt herangehen sollte. Vielleicht entwickelt sich daraus dann doch mehr, als man erwartet hat. Die FDP Fraktion gibt die Empfehlung dem Projekt zuzustimmen.

Herr Derscheid möchte von Bürgermeister Viehof wissen, ob er überhaupt Möglichkeiten sieht, Personal der Kommune im Rahmen der Beachtung der Haushaltssicherung einzubringen, da die Kosten der Kommunalaufsicht angegeben werden müssen.

Bürgermeister Viehof erklärt, es werden keine Entscheidungen getroffen, die zu Problemen mit der Kommunalaufsicht führen könnten. Allerdings ist es umso wichtiger, früh mit Gesundheitsförderung anzusetzen, damit alle Kinder gesund aufwachsen können. Die Förderung der Kindergesundheit in Eitorf ist ein wichtiges Anliegen. Dies jetzt gemeinsam mit weiteren Akteuren, wie Rhein-Sieg-Kreis, Jugendamt, Gesundheitsamt, Kindergärten usw. in den Blick zu nehmen, um mit den Fördermitteln das Projekt zusammen zu entwickeln. Auch die Bereitstellung von Kindergartenplätzen ist eine Maßnahme, die jetzt auf den Weg gebracht werden muss, so Bürgermeister Viehof.

Frau Köser-Segschneider erkundigt sich bei Herrn Heusinger, da viele Menschen keine Kenntnisse mit agilen Projektprozessen haben, ob da auch Fortbildungen angeboten werden.

Herr Heusinger teilt mit, man hat eine Fachkraft gefunden, die sehr viel Erfahrung in Gesundheitsförderung und Prozessentwicklung hat. Es ist unser Anspruch diesen Prozess zusammen mit der Kommune zu gestalten.

Herr Derscheid stellt nochmal fest, dass der Rhein-Sieg-Kreis die Förderung über die Techniker Krankenkasse erhält und stellt einen Antrag an die Verwaltung, sich speziell mit der AOK, Barmer und der BKK ZF&Partner in Verbindung zu setzen, um auszuloten, ob es von dort auch eine Förderung für die Gesundheitsmaßnahmen in Eitorf geben könne.

Herr Heusinger fragt nach, ob der Ausschuss für Soziales, Integration, Generationen und Inklusion das Projekt unterstützt.

Frau Miethke schlägt vor, dass man sich im nächsten Jahr nochmal bespricht, um zu berichten, wie die Zusammenarbeit funktioniert.

Beschluss:

Nr. XV/SIGI/6

Der Ausschuss beschließt, dass Projekt zu unterstützen und im nächsten Jahr nochmal zu berichten.

Einstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Beschluss:

Nr. XV/SIGI/7

Frau Miethke lässt über den Antrag der CDU abstimmen, indem die Verwaltung bei den Krankenkassen AOK, Barmer, BKK ZF&Partner anfragt, ob es Zuschüsse für das Projekt „Gesund Aufwachsen“ gebe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich bei Herrn Heusinger für den Vortrag.